

Möglichkeit, das positive Recht als eine normative Ordnung zu deuten. Kelsens Rechtslehre wird daher in der Literatur als neukantianischer Ansatz bezeichnet (vgl. Paulson 1992). Welche Rolle genau der Neukantianismus für die reine Rechtslehre spielt und wie insgesamt die eigentümliche positivistische Normativität zu verstehen ist, bleiben kontrovers diskutierte Fragen der neueren Kelsen-Forschung (vgl. Paulson/Stolleis 2005; Dreier 2001). Kelsens positivistische Trennung von Recht und Ethik und sein ethischer Relativismus werden auch ganz grundsätzlich in Frage gestellt (vgl. Alexy 2002). In Bezug auf seine politische Theorie lässt sich diskutieren, ob Politik mit ihm als – in der Demokratie über Verfahren geregelter – Kampf um Macht und Interessendurchsetzung verstanden werden soll (vgl. Van Ooyen 2003, 45–89), oder ob normativ ein interner Zusammenhang zwischen Recht, Ethik und Politik in der Weise gewahrt bleibt, dass demokratische Politik der ethischen Forderung einer öffentlichen, vernünftigen Rechtfertigung genügen muss und den ethisch legitimen, verfassungsmäßig festgeschriebenen Grundrechten verpflichtet ist.

#### 4.

- Kelsen, H., 1911, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze, Aalen: Scientia 1984.  
 Kelsen, H., 1922, Der soziologische und der juristische Staatsbegriff, Aalen: Scientia 1962.  
 Kelsen, H., 1925, Allgemeine Staatslehre, Wien: Österreichische Staatsdruckerei 1993.  
 Kelsen, H., 1929, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Aalen: Scientia 1963.  
 Kelsen, H., 1934, Reine Rechtslehre, Aalen: Scientia 1994.

### Keynes, John Maynard (1883–1946)

#### 1.

Keynes, geboren in Cambridge, war ein britischer Ökonom, der als Verfasser wichtiger Werke, u.a. von *A Treatise on Probability* (1908

- Kelsen, H., 1941, Vergeltung und Kausalität, Wien: Böhlau 1982.  
 Kelsen, H., 1950, The Law of the United Nations, London: Stevens and Sons 1951.  
 Kelsen, H., 1952, Principles of International Law, New York: Holt, Rinehart and Winston 1966.  
 Kelsen, H., 1953, Was ist Gerechtigkeit?, Stuttgart: Reclam 2000.  
 Kelsen, H., 1960, Reine Rechtslehre. Mit einem Anhang: Das Problem der Gerechtigkeit, Wien: Deuticke 1967.  
 Kelsen, H., 1964, Aufsätze zur Ideologiekritik, Neuwied: Luchterhand.  
 Kelsen, H., 1979, Allgemeine Theorie der Normen, Wien: Manz.  
 Kelsen, H., 1985, Die Illusion der Gerechtigkeit, Wien: Manz.

- Alexy, R., 2002, Begriff und Geltung des Rechts, Freiburg: Alber.  
 Alexy, R., 2005, Hans Kelsens Begriff der Verfassung, in: S. L. Paulson/M. Stolleis (Hg.), Hans Kelsen, Tübingen: Mohr Siebeck 2005.  
 Dreier, H., 1986, Rechtslehre, Staatssoziologie und Demokratietheorie bei Hans Kelsen, Baden-Baden: Nomos.  
 Dreier, H., 2001, Rechtsdeutung zwischen Normativierung der Natur und Naturalisierung des Normativen am Beispiel von Kelsens Rechtsbegriff, in: C. Jabloner/F. Stadler (Hg.), Logischer Empirismus und Reine Rechtslehre, Wien: Springer 2001.  
 Métall, R. A., 1969, Hans Kelsen, Wien: Deuticke.  
 Paulson, S. L., 1992, The Neo-Kantian Dimension of Kelsen's Pure Theory of Law, in: Oxford Journal of Legal Studies 12.  
 Paulson, S. L./Stolleis, M. (Hg.), 2005, Hans Kelsen, Tübingen: Mohr Siebeck.  
 Van Ooyen, R. C., 2003, Der Staat der Moderne. Hans Kelsens Pluralismustheorie, Berlin: Duncker & Humblot.

EVA-MARIA PARTHE

abgeschlossen, 1921 publiziert, CW, VIII) und *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (*The General Theory of Employment, Interest and Money*, 1936, CW, VII) einen Paradigmenwechsel im ökonomischen Denken initiierte. Die *Collected Writings* (CW) umfassen 30 Bände. Keynes studierte Mathematik und

Ökonomie, war Fellow und lehrte 1908–1915 am King's College in Cambridge; zudem gab er 1911–1946 das *Economic Journal* heraus und arbeitete erneut als Lecturer von 1932 bis 1935. Seine Wahrscheinlichkeitstheorie schuf mit ihrer apriorischen Argumentation eine Distanz zur erkenntnistheoretischen Position des britischen Empirismus und zu Hume. In seinen philosophischen Essays (1904–1911) kritisierte Keynes den Utilitarismus und die postulierte Dominanz universeller Regeln für das Individuum, wie sie etwa von Moore in *Principia Ethica* (1903) vertreten wurde: »Wir mögen stark genug sein, das für uns Gute zu opfern. Wir sollten es tun, aber wir können es nicht. [...] Das universelle Gute ist allem übergeordnet – im Himmel. Das private Gute ist allem übergeordnet – auf Erden.« (Keynes 1906, 12; vgl. Muchlinski 2007) Als Zeitgenosse von Wittgenstein, Russell, Ramsey, Sraffa u.a., aber auch als »Apostel« des Bloomsbury Kreises, gab Keynes den theoretischen Umwälzungen dieser Epoche eine deutliche Prägung.

#### 2.

Als Finanzbeauftragter der Britischen Regierung nahm Keynes an der Konferenz von Versailles (1919) teil. Sein sarkastisch-pointierter Bericht über deren Hauptakteure markierte den Beginn theoretischer Neuorientierungen in der internationalen Makroökonomie. In den 1940er Jahren konnte Keynes seine innovativen Überlegungen zur Umgestaltung der Währungsordnung in den von Asymmetrie gekennzeichneten Verhandlungen in der Vereinbarung von Bretton Woods (1944) nicht gegen die US-amerikanischen Gegenspieler durchsetzen: Die Ablösung der internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen von nationaler Geldpolitik, den USA und dem US-Dollar sowie die Einbeziehung der Gläubiger in der Bewältigung der Zahlungsbilanzprobleme war nicht konsensfähig. Keynes räumte ein: »Wir sind sehr behutsam mit den Gläubigern umgegangen, weil wir ein bißchen Angst vor ihnen haben.« (CW, XXV, 35)

#### 3.

In Keynes' Wahrscheinlichkeitstheorie (1921, CW, VIII) manifestiert sich seine Sprachauffassung – mit weitreichenden Konsequenzen für seine ökonomische Theorie. Russells Projekt der »vollkommen exakten Sprache« sei »scholastisch« (ebd., 128); »Verwirrte Gedanken lassen sich nicht immer durch technische und ungewöhnliche Ausdrücke am besten vermeiden, die der Geist nicht auf Anhieb verstehen kann.« (ebd., 20) Keynes kritisiert die Gleichsetzung von Wahrheit bzw. Wissen mit solch einem formalen Ästhetizismus. In diesem Zusammenhang erörtert er Vagheit (*vagueness*) als einen unbestimmbaren Begriff (vgl. ebd., 288). Trotz oder vielleicht sogar wegen dieser Vagheit befasst er sich weiter mit diesem Begriff. Die Methode der Reduktion der Alltagssprache auf einen formalen Symbolismus verhindert nach Keynes ein adäquates Verstehen (vgl. CW, XXIX, 27f.). Diese kritische Distanz leitet ihn in seiner Kritik an den seines Erachtens scholastischen Methoden der philosophischen und ökonomischen Orthodoxie seiner Zeit an. Sie ignoriert »die Tatsache, dass unser Wissen von der Zukunft im Fluss, vage und ungewiss ist« (CW, XIV, 416).

**3.1.** Diese in den 1920er Jahren entwickelte Position bleibt nicht ohne Folgen für Keynes' Untersuchung der ökonomischen Zusammenhänge. »Wenn man Ökonomie betreibt, schreibt man weder einen mathematischen Beweis noch einen Rechtstext.« (CW, XXIX, 151) Keynes interessiert, wie das Handeln und Entscheiden individueller Akteure unter Unsicherheit erfolgreich sein kann. Dieser erkenntnistheoretische Ausgangspunkt rückt das individuelle Urteil in den Mittelpunkt und gibt dem Begriff der Vagheit eine immense Bedeutung in seiner Theorie. Die Unsicherheit und der Zustand des Vertrauens (»state of confidence«) konfigurieren die Landschaft für das ökonomische Handeln und Entscheiden. Mit Hilfe neuer, für die damalige vorherrschende ökonomische Theorie unbekannter, theoretischer Konzepte wie Vagheit, Ungewissheit, Erwartungen, individuelles und konventionelles Urteilen und

Vertrauen, dokumentiert Keynes seine differenzierte Untersuchungsmethode und Sprache in der ökonomischen Theorie. Keynes arbeitet in dieser handlungstheoretischen Sichtweise die Interdependenz zwischen Handeln, Vertrauen, Erwartungen und den gesamtwirtschaftlichen Folgen heraus. In dieser interdependenten und konfliktären Struktur von individueller Rationalität und gesamtwirtschaftlicher Rationalität sind auch die ökonomischen Krisen zu verorten. Er kritisiert, dass die herrschende ökonomische Theorie, die mit ihrem Postulat »jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage« eine Tendenz zum Marktgleichgewicht von Angebot und Nachfrage herleitet, übersieht, dass die Bestimmungsfaktoren des Angebots von denen der Nachfrage grundverschieden sind. Nur in einer Tauschwirtschaft könne behauptet werden, der Schuster produziere so viele Schuhe wie er benötige, um mit diesem »Angebot« auf dem Markt diejenigen Waren tauschen oder »bezahlen« zu können, die er selbst nicht herstellen kann. Diese tauschtheoretische Sichtweise, die auch Adam Smith sinnvollerweise vertreten hat, übersieht aber die Rolle, die das Geld in der modernen Kreditökonomie hat. Für Keynes ist es der Normalzustand, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot übereinstimmt. Die Ökonomie ist somit entweder durch einen Mangel oder durch einen Überschuss an Nachfrage zu beschreiben. Da beide Marktzustände oder Marktungleichgewichte erhebliche Auswirkungen auch auf die Preisbewegungen und damit Inflationserwartungen haben, sollte neben den Unternehmern und Konsumenten ein dritter Akteur hinzutreten, der Staat. Die Idee der Fiskalpolitik war damit geboren. Die Fiskalpolitik soll nicht nur die durch das Auf und Ab der wirtschaftlichen Entwicklung (»Konjunkturzyklus«) entstehenden Bewegungen »antizyklisch« versuchen ausgleichen, sondern auch »pro-zyklisch« eingesetzt werden. Der Staat als Marktteilnehmer kann aufgrund der vergleichsweise stärkeren Wirkung seiner Investitionen die Erwartungen im Markt beeinflussen. Er spielt für die Stabi-

lisierung von Markterwartungen eine wichtige Rolle. Er kann durch die Schaffung von Infrastrukturen die privaten Investoren ermuntern, in bestimmte Marktsegmente zu investieren. Um seine Analysen zu veranschaulichen, entwickelte Keynes interessante Beispiele, wie der Staat aktiv intervenieren kann, um somit die Umgebung des ökonomischen Handelns und Entscheidens zu stabilisieren, z.B. in Bildung. Daher ist die Fiskalpolitik ein wichtiger Bereich der Wirtschaftspolitik. Allerdings sind Keynes' Untersuchungen und Überlegungen nicht auf die Fiskalpolitik reduzierbar. Auch ist die Fiskalpolitik nicht als eine Aufforderung zur Staatsverschuldung zu verstehen. Die Verschuldung des Staates ist in wirtschaftlich guten Zeiten zurückzufahren.

**3.2.** Keynes beschäftigte sich vorrangig mit der Funktion des Geldes in der Ökonomie. Geld ist nicht neutral, wie dies die Klassik/Neoklassik behauptet. Geld ist kein »Schleier über der Warenwelt«. Geld hat neben den Funktionen des Zahlungsmittels und der Recheneinheit auch und insbesondere die Funktion der Wertaufbewahrung. In einer modernen Kreditgeldökonomie ist das Halten von Geld rational – vorausgesetzt, es herrscht keine Inflation. Mit dieser Überlegung kommt die Zentralbank und damit die Geldpolitik und Währungspolitik sowie die Rolle des Zinses ins Spiel. Das Motiv, Geld zu halten und über das Geld jederzeit zu verfügen, kann – so urteilte Keynes – vom Individuum höher bewertet werden, als Geld aufzugeben, das heißt, für Waren auszugeben oder bei der Bank für Zinsen anzulegen. Dieses Motiv der Geldhaltung oder die Liquiditätspräferenz ist umso ausgeprägter, je unsicherer die ökonomische Situation beurteilt wird, je fragiler die Erwartungen und das Vertrauen in die Stabilität der Ökonomie sind. Der Zins ist die Belohnung für den Verzicht auf die Liquidität. Keynes begründet seine Zinstheorie handlungstheoretisch. Der Analyse der Geldpolitik der Zentralbanken und der Bedeutung der Zinsen widmet Keynes aus diesen Gründen eine hohe Aufmerksamkeit. Die Aufgabe der

Zentralbank ist es, ein preisstabiles Geld bereitzustellen. Dazu muss sie die Erwartungen der Akteure in der Ökonomie steuern. Im Folgenden soll skizziert werden, welchen Handlungsspielraum die Zentralbank dabei hat. Geld entsteht aus der Verschuldung der Geschäftsbanken gegenüber der Zentralbank. Die Geschäftsbanken sind Finanzintermediäre – also Finanzvermittler. Sie verschulden sich bei der Zentralbank, wenn ihre Erwartungen positiv sind, dass sie Kredite an Unternehmen und Haushalte vergeben können bzw. diese von den Unternehmen und Haushalten nachgefragt werden. Der argumentative Kreis schließt sich, wenn man beachtet, dass Unternehmen und Haushalte dann bereit sind, sich zu verschulden, wenn sie ihrerseits erwarten, dass sie das geliehene Geld inklusive des Zinses zurückzahlen können. Das Funktionieren dieser Kredit»kette« ist nicht denkbar, wenn eine Inflation, das heißt eine hohe Geldentwertung in der Ökonomie existiert. Eine hohe Geldentwertung bedeutet, dass dieses Geld, das die Zentralbank in dem oben skizzierten Zusammenhang geschaffen hat, niemand halten will. Die Liquiditätspräferenz ist null bzw. niedrig. Keynes hat in seinen Schriften diese wichtige Rolle der Geldpolitik und Zentralbank, die Preisentwicklung und Zinssteuerung für die Einkommensentstehung herausgearbeitet.

**3.3.** Die internationale Dimension, die wirtschaftlichen und finanziellen Wechselwirkungen waren Gegenstand seiner Analysen in den 1920 und –30er Jahren. Die These der Nichtneutralität des Geldes erlaubt mit Blick auf die internationalen Kapitalbewegungen, Finanzmärkte und Währungsbeziehungen, gänzlich andere Resultate herzuleiten, als die These der Neutralität des Geldes. Keynes arbeitet die Ambivalenz, die den Motiven der internationalen Kapitalbewegungen zugrunde liegt, deutlich heraus: Einerseits können internationale Kapital- oder Finanzanlagen dazu verwendet werden, Einkommen über die Finanzierung von Investition und damit Konsum zu schaffen. Andererseits enthalten gerade kurzfristige Kapitalbewegungen ein

spekulatives Element, da sie auf das Aufspüren von internationalen Renditedifferenzen zielen und eben nicht für Investitionsprojekte verwendet werden. Die Kontrolle von internationalen Kapitalbewegungen, die Regulierung von internationalen Finanztransfers inklusive der Gestaltung der Wechselkurse zwischen den Volkswirtschaften, waren zentrale Anliegen von Keynes. In seinen Analysen zur Rolle des Pfund Sterling und Großbritanniens Anfang des 20. Jahrhunderts pointiert er den Zusammenhang zwischen Leitwährung (Pfund Sterling) und den britischen Handelsbeziehungen. In vielen Schriften arbeitet er die ökonomische Funktion des Geldes und der Währung im Kontext der internationalen Finanzbeziehungen zwischen den Staaten heraus. Staaten, die hohe Währungsreserven und Handelsüberschüsse erzielen, und Staaten, die entsprechende Defizite einfahren, können nur durch eine diese ökonomische Interdependenz beachtende Politik ihre Situation verändern. Dem Überschuss des einen Staates entspricht das Defizit des anderen Staates. Seine theoretischen Überlegungen brachte Keynes als Vorschläge für die Neuordnung der Weltfinanzen und Währungsordnung auf der Konferenz von Bretton Woods, die 1944 in USA stattfand, in die Verhandlungen ein. Die Aktualität seiner Vorschläge sind angesichts heutiger Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen der Volkswirtschaften unbestritten. Die wahrnehmbare »selbsterstörerische Logik« (Stiglitz 2006) des gegenwärtigen Systems der Weltwährung, verdeutlicht dies. Es war erstens das zentrale Anliegen von Keynes, nach 1944 den multilateralen Lösungen eines Ausgleichs der Zahlungsbilanzen zwischen Gläubigerländern und Schuldnerländern den Vorrang vor bilateralen Lösungen zu geben, da er hierin eine Möglichkeit sah, weitere Kriege und Blockaden im internationalen Handels- und Finanzsystem zu vermeiden. Zweitens schlug er vor, dass die Gläubigerländer und Schuldnerländer anteilig zum Abbau ihrer Überschüsse bzw. Defizite in der Zahlungsbilanz und damit zur Vermeidung brachliegender Liquidität beitragen sollen. Drittens ur-

teilte Keynes, dass die internationalen Finanztransaktionen von der Verwendung einer nationalen Währung und damit einer nationalen Geldpolitik unabhängig zu gestalten seien (vgl. Muchlinski 2005). Sowohl in den Fragen der Wirtschaftspolitik, als auch in der internationalen Währungspolitik betonte Keynes die Notwendigkeit der Gestaltung. Die orthodoxe Auffassung, dass flexible Preise »langfristig« zu Gleichgewicht auf allen Märkten, Gütermarkt, Geldmarkt, Devisen- oder Finanzmarkt, führten, kritisiert er als eine lähmende Illusion, denn »langfristig werden wir alle tot sein«. Die Zukunft ist für ihn keine abdiskontierte Gegenwart. Wie bereits ausgeführt wurde, liefert Unsicherheit die Landschaft für die Entscheidungen und Handlungen in der Gegenwart und betrifft somit auch die zukünftigen Entwicklungen. Kennte man die Zukunft, z.B. wüsste man wie hoch das Lebenseinkommen in der Zukunft ist, dann wäre es denkbar, jeden Monat, eine bestimmte Summe des Lebenseinkommens, abdiskontiert, zu verwenden. Aber da Unsicherheit die Gegenwart und Zukunft bestimmt, ist diese Abdiskontierung nicht möglich.

Ökonomisches Denken beschreibt Keynes als Untersuchungsmethode der Wechselwirkungen voneinander abhängiger Faktoren. Das Individuum setzt die eigene Bewertung (Interpretation) der Kontextdaten in eine Beziehung zur Bewertung anderer Individuen, wobei die Wahrnehmung der eigenen und fremden Marktbewertung als eine Methode des Urteilens diskutiert wird. Entscheiden und Handeln unter Unsicherheit beschreibt Keynes als »tierische Verhaltensweisen« (*animal spirits*), als »spontaner Drang zum Handeln statt zum Nicht-Handeln« (CW, VII, 161). Ein Akteur, der über kein Wissen verfügt, könne sich nicht auf numerisch spezifizierte

## Kind/Kinderrechte

### 1.

Der Begriff »Kind« benennt unterschiedliche Phänomene: Meistens bezeichnet er entweder

Wahrscheinlichkeiten oder mathematische Erwartungswerte und Risiken zurückziehen. Denn für die Bestimmung der numerischen Wahrscheinlichkeit ist die Prämisse der Gleichwahrscheinlichkeit zwingend, welche nur auf Glücksspiele, nicht aber auf das alltägliche Handeln zutrifft. Mit dem Bernoulli-Prinzip (dem zufolge eine Risikonutzenfunktion auf der Grundlage der Risikoeinstellung des Entscheiders möglich ist) weist Keynes auch die Anwendung von »rigiden Regeln« in den Erfahrungswissenschaften zurück. Wahrscheinlichkeit ist »der einzige Wegweiser, den wir im Leben haben« (CW, VIII, 356).

### 4.

Keynes, J. M., 1906, *Egoism*, unveröff. Ms., Keynes Papers, Cambridge: King's College.

Keynes, J. M., 1936, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin: Duncker & Humblot 2006.

Keynes, J. M., 1973 ff., *The Collected Writings*, London: Macmillan (zitiert als CW).

Moggridge, D.E., 1992, *Maynard Keynes*, London: Routledge.

Muchlinski, E., 1996, *Keynes als Philosoph*, Berlin: Duncker & Humblot.

Muchlinski, E., 2003, *Épistémologie et probabilité chez Keynes*, in: *L'actualité économique* 79.

Muchlinski, E., 2005, *Kontroversen in der internationalen Währungspolitik. Retrospektive zu Keynes-White-Boughton und IMF*, in: *Intervention. Zeitschrift für Ökonomie* 2.

Muchlinski, E., 2007, *Keynes Against Rigid Rules*, in: J. Backhaus (Hg.), *Founders of Modern Economics*, Cheltenham: Elgar.

Skidelsky, R., 1983/1992/2001, *John Maynard Keynes*, 3 Bde., London: Macmillan.

Stiglitz, J., 2006, *Die Chancen der Globalisierung*. München: Siedler.

Willke, G., 2002, *John M. Keynes*, Frankfurt/M.: Campus.

ELKE MUCHLINSKI

einen generationalen Zusammenhang mit ganz bestimmten Eltern, von denen das Kind abstammt und die es über Jahre hinweg begleitet haben (1.), oder aber den Lebens- und Entwicklungsprozess, der mit der Geburt be-

ginnt und im Erwachsensein endet (maßgebliche Grenzlinie für die Rechtsstellung zwischen Minder- und Volljährigkeit ist in den meisten heutigen Rechtsordnungen die Vollendung des 18. Lebensjahres) (2.). »Kind« steht aber (3.) auch für eine soziale Gruppe, nämlich für die Gesamtheit der Mitglieder des nachwachsenden Teils jeder Gesellschaft im Gegensatz zur Großgruppe der Erwachsenen. Schließlich kann das Kind in seinen charakteristischen Zügen (4.) auch als Idealtypus bzw. Inbegriff des kulturell unverbogenen Menschen (vgl. Rousseau 1762; Baader 1996) figurieren. Unter allen vier Hinsichten ist »Kindsein« nicht nur ein sich mit jedem Erscheinen eines neuen Menschen wiederholender und für die biografische Entwicklung jedes Menschen maßgeblicher Vorgang, sondern auch ein Gegenstand lebensweltlichen Wissens, kollektiver Tradierung, rechtlicher Regelung und systematischer philosophischer Reflexion. Die zentralen Themen der letzteren sind die rollenspezifischen Pflichten von Eltern und Kindern (Fürsorge und Erziehung bzw. Lernen, Unterordnung, Unterstützung), die Ziele des interaktiven Prozesses (Selbstständigkeit, Mündigkeit, Tüchtigkeit, Identität bzw. Sozialfähigkeit) sowie die Sorge um die rechtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Kinder jeweils aufwachsen (Familienrecht, die Gewährleistung elterlicher Sorge nach Scheidung, Vorsorge für Notsituationen wie Verwaisung, Institutionen des Lernens und der beruflichen Ausbildung); dazu kommt die kontrafaktische und insofern die Dominanz der Erwachsenen und die Persistenz der Tradition relativierende und provozierende Hochschätzung vom Kind verkörperter Eigenschaften (Kindlichkeit im Sinne von Vertrauen, Offenheit, Idealismus, Spontaneität, Kompromisslosigkeit, »Naivität« im Sinne von Neugier, aber auch von sexueller »Unschuld«). Die exakten Positionen in diesen Punkten schwanken im Nebeneinander der Kulturen und im Ablauf der geschichtlichen Epochen allerdings erheblich, je nachdem, ob Kindheit primär als peripherer Übergang oder als eigene Existenzform begriffen wird

(vgl. Bühler-Niederberger/Tremp 2001). In modernen Gesellschaften hat sich Kindheit über den Charakter einer anthropologischen Grundbefindlichkeit hinaus auch zu einer Eigenzeit ausdifferenziert, während der die Freistellung vom Arbeitszwang und vom Druck umfassender Verantwortung für andere Raum schafft für die Teilnahme am organisierten (und kontrollierten) Lernen und die Findung der Identität. Einige Sozialwissenschaftler haben in jüngerer Zeit im Blick auf neue, v.a. mediale Möglichkeiten des ungehinderten Zugangs von Kindern zur Welt und zum Wissen der Erwachsenen die These vom Verschwinden der geschützten Kindheit vertreten (vgl. Postman 1982), während andere die typische Veränderung der Kindheit eher in verstärkten Möglichkeiten der Abgrenzung von den Erwachsenen und der Erringung einer Privatsphäre sowie in der veränderten Wahrnehmung von sich selbst sehen wollen (vgl. Steinberg/Kincheloe 2001).

### 2.

Für die weitergehende systematische philosophische Explikation ist von Weichen steller Bedeutung, wie der Unterschied zwischen Kind und Erwachsenem interpretiert wird. Dafür gibt es zwei typische Richtungen. Nach der einen ist diese Differenz als ein Noch-Nicht zu verstehen, also als Fehlen von Eigenschaften (insbesondere des vollen Vernunftgebrauchs), die möglichst schnell erworben werden müssen (vgl. Bühler-Niederberger/Tremp 2001). Der anderen zufolge ist die Differenz als Andersartigkeit aufzufassen; im pädagogischen Handeln gelte es dementsprechend, bei der Stärkung und Fortentwicklung der Besonderheiten und Stärken der kindlichen Persönlichkeit anzusetzen. Lebensweise und -welt des Kindes hätten gegenüber der Lebensweise und -welt der Erwachsenen ein Eigenrecht (Fénélon, Rousseau u.a.), programmatisch formuliert im Titel eines Buchs von Maria Montessori *Kinder sind anders* (1952). Nicht die Erwachsenen und ihre Erwartungen seien die Norm, an denen Kinder zu messen sind, vielmehr komme es darauf an, die Kinder als wahrnehmungs- und

# Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie

Herausgegeben von  
Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rössler

in Zusammenarbeit mit  
Robin Celikates und Wulf Kellerwessel

Band 1  
A–M

